Martin Büscher

Hut ab vor dem Staat!

Vom Ende der Gemeinwohlfiktion des Marktes

1. Der Primat der Gesundheitspolitik

Wie folgenreich werden die Einflüsse der Corona-Krise sein? Einige Stimmen sehen eine Vergleichbarkeit zur Krise der Finanz- und Immobilienmärkte von 2007/08, andere sehen bestätigt, dass es sich um eine Krise des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems handelt, dessen neoliberale Ausformungen öffentliche Güter wie Gesundheitsversorgung immer mehr der privaten Daseinsvorsorge überlassen und die Reduzierung der staatlich vorgehaltenen Fürsorge zugelassen haben. Die krisenbedingten Prozesse der gesellschaftlichen Entschleunigung können in theologischer oder philosophischer Perspektive auch als kollektive Mahnung zur Umkehr und zur sozialen Neubesinnung wahrgenommen werden.

Dieser Beitrag geht von der Wahrnehmung aus, dass die aktuelle Lage aufgrund ihrer nationalen und internationalen Auswirkungen mit den weltweiten Umstellungen der Systemanpassung in der Wendezeit nach 1989 verglichen werden kann. Die Einflüsse des Primates der Gesundheit sind tiefgreifender als die Einbrüche eines fragilen Finanzsystems in den Jahren 2007/08. Es stellen sich grundlegende Fragen: Was braucht eine Gesellschaft wirklich zum Leben? Was sind prioritäre und sekundäre Bedürfnisse des Menschen? Was sind nötige Formen von Konsum, Versorgung und Kommunikation? Mit welchen Maßnahmen von Unternehmens-, Wirtschafts- und Ordnungspolitik können diese Bedürfnisse befriedigt werden? Welche Bedingungen sind dafür förderlich und welche nicht? Für das Aufgreifen dieser Fragen werden pluralistische Perspektiven auf unternehmerische und gesamtwirtschaftliche Realitäten und ein Modell der Teilwelten überwindenden ordnungspolitischen Kommunikation nahegelegt.[1]

Wie beruhigend für viele Beobachter*innen, dass unser Gesundheitssystem gut und vorbeugend solide organisiert ist. Wie ermutigend, dass wir analytische medizinische Kompetenz durch Virolog*innen und praktische Kompetenz durch die Ärzt*innen und Pfleger*innen in den Krankenhäusern und Gesundheitsämtern haben. Wie vertrauensbildend, dass Politik und Verwaltung auf Bundes- und Landesebene Gestaltungskraft entfalten, Grenzen setzen, logistische und finanzielle Förderung in unbekanntem Ausmaß ermöglichen. Doch was sind die Hinter-

1 Ein Impuls für diesen Beitrag sind die Positionen von Karl Heinz Büschmann (2020) und Michael Hüther (2020). Joseph Stiglitz (2001) als Vertreter des makroökonomischen Umdenkens fordert ein radikales Überdenken der Wirtschaftspolitik in der Entwicklungszusammenarbeit (vgl. ebd.: 7), die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Folgen der Globalisierung und grundlegende Reformen (vgl. ebd.: 17f.).

https://doi.org/10.5771/9783748909460-137 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gründe der Komplexität und Ungewissheit, der wir alle ausgesetzt sind? NRW-Ministerpräsident Armin Laschet bringt zum Ausdruck, dass Mediziner*innen, Wirtschaftsexpert*innen, Ethiker*innen, Psychlog*innen, Politiker*innen gebraucht werden, um die Lage zu verstehen und um die nötigen Schritte zu planen und umzusetzen, die für eine lebensfähige und menschenfreundliche Gesellschaft gebraucht werden.

Über Jahrzehnte vertraut gewordene Verhältnisse ordnen sich in der Corona-Krise neu – wie von Geisterhand. Die Politik der Liberalisierung, Privatisierung oder Deregulierung ist schlagartig obsolet. Der Primat der Gesundheit steuert alle anderen gesellschaftlichen Mechanismen. Ein starker Staat ist erforderlich. Die Politik beschließt Staatsausgaben in Höhe von 750 Milliarden Euro, die vor Tagen noch als Traumvorstellung hätten bezeichnet werden können. Wo konjunkturelle und wettbewerbliche Fragen die Wirtschafts- und Sozialpolitik dominiert haben, geht es heute um liquide Mittel zur Befriedigung wirtschaftlicher Nachfrage. Diese Konstellation hätte noch vor Wochen jeden Konjunkturtheoretiker befremdet. Weltweite Lieferketten, die über Jahre vom Primat der Kostensenkung geleitet waren, stellen die Versorgungsfähigkeit mit nötigen Pharmazeutika und medizinischer Ausrüstung infrage. Die Wirtschaft, die Kultur, den Sport, unzählige Alltagsbegegnungen will man wieder zum Laufen bringen. Ja, aber zu welchen Bedingungen?

Teilwelten, d. h. unterschiedliche Disziplinen, Rationalitäten, Handlungsfelder oder Institutionen, die wir gewohnt sind getrennt voneinander zu denken, sind neu verbunden: Teilwelten mit je eigenen Funktionslogiken, der Logik der Politik, der Wirtschaft, der Verwaltung, der Unternehmen, der Gewerkschaften, der Umweltverbände, der Kirchen, Teilwelten ohne eine bewusste normativ-ethische Kommunikation des Nachdenkens über das große Ganze – jedenfalls bisher. Die Corona-Krise schafft unverhofft eine übergeordnete ethische Vorgabe: den Erhalt der Gesundheit und Schutz des Lebens als höchstes Gut. Kann nicht genau das die Lehre der Krise sein? Die Teilwelten der Gesellschaft werden einer gemeinsamen Fragestellung untergeordnet. Die unsichtbare Hand des Marktes ist ersetzt durch die unsichtbare Hand des Corona-Virus, sichtbar gemacht durch die Gesundheitspolitik, deren politisches Handeln durch das Corona-Virus legitimiert ist. Auf einmal ist sie spürbar, eine umfassende Ordnungspolitik. Bedauerlich, dass es nur das Virus ist, das die neue Steuerung legitimiert. Wenn es stark genug ist, kann es die impulsgebende Kraft sein für weitergehende Reformen, neue Wahrnehmungen und Gestaltungsformen von Wirtschaft und Gesellschaft.

2. Pluralismus auf unternehmerischer Ebene: Multirationale Sinnsysteme

Es ist davon auszugehen, dass sowohl auf unternehmerischer als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene unterschiedliche Anliegen, Interessen und Wahrnehmungen von Wirklichkeit aufeinandertreffen und einen gesellschaftlichen Verständigungs-

https://doi.org/10.5771/9783748909460-137 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bedarf erzeugen. Für unternehmerisches Handeln wurde für diese Wahrnehmung der Begriff ›Multirationalität‹ geprägt. Der Begriff der Multirationalität wurde von Kuno Schedler und Johannes Rüegg-Stürm in ihrem 2013 herausgegebenen Buch ›Multirationales Management‹ in die Diskussion eingeführt. Sie verstehen Rationalität als »Sinnhorizont fraglos gültiger Annahmen, Prinzipien, Regeln und Verhaltensmaximen, anhand derer aus einer universellen, verallgemeinerungsfähigen Perspektive beurteilt werden kann, was an Verhalten, Argumentationen oder Annahmen vernunftgemäss angemessen, zulässig, korrekt, zweckmässig, sinnvoll geboten, moralisch wünschens- und erstrebenswert ist, in Abgrenzung zu dem, was der menschlichen Vernunft zuwiderläuft« (Schedler/Rüegg-Stürm 2013: 34).
Rationalität als »kognitive Leistung zur Erkennung und Beurteilung von Situationen« (ebd.: 35) ist – nach einem neoinstitutionalistischen Verständnis – eng verknüpft mit den von Peter L. Berger und Thomas Luckmann (1995: 26) eingeführten »Sinngemeinschaften«, denen die Akteure in einer Organisation verpflichtet sind und denen gegenüber sie ihr Handeln rechtfertigen müssen. Diese Sinngemeinschaften stehen außerhalb der Organisation und bilden sich durch gemeinsame Aufgaben und Funktionen, ähnlich denen einer Profession. Sie sind soziale Gruppen, »die durch gemeinsame Interaktion erlebte Phänomene (Stimuli) mit einem geteilten Sinn verbinden« (Schedler/Rüegg-Stürm 2013: 35). Beispiele für organisierte Formen solcher Sinngemeinschaften wären wissenschaftliche Fachgesellschaften, Kirchen, Industrie- und Handelskammern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Rationalität fungiert zum einen als Handlungslogik, als »eine spezifische Art des Denkens, Sprechens und Handelns, die in sich einen logischen Sinn ergibt« (ebd.: 37) und mit der im Sinne einer Ziel-Mittel-Relation ein angestrebter Zweck erreicht werden soll. Zum anderen ist Rationalität auch eine Begründungslogik. Wenn eine Handlung der Sinngemeinschaft als rational erscheint, bekommt die Entscheidung oder Handlung Legitimität.
Für den Begriff der Multirationalität ist zudem das Organisationsverständnis als pluralistische Organisation maßgeblich. Schedler und Rüegg-Stürm greifen dabei einerseits auf die Systemtheorie und ihr Verständnis einer ausdifferenzierten Gesellschaft zurück, in der sich unterschiedliche Teilsystemrationalitäten bilden. Andererseits verweisen sie auf den Begriff der pluralistischen oder hybriden Organisation, der seit den 1980er-Jahren in der Organisationsforschung verwendet wird, um Organisationen zu beschreiben, die »zwischen den beiden Ideal-Typen Markt und Hierarchie angesiedelt sind« bzw. »sowohl Marktelementen wie auch hierarchischen (zumeist: staatlichen) Steuerungsformen unterliegen« (ebd.: 40). Merkmale pluralistischer Organisationen sind:

- verschiedene Anspruchsgruppen mit unterschiedlichen Anliegen und Zielen,
- Entscheidungsmacht, die auf verschiedene Personen und Instanzen verteilt ist, und

https://doi.org/10.5771/9783748909460-137 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

- mehrheitlich wissensbasierte Arbeitsprozesse innerhalb der Organisation, die jeweils spezialisiertes Wissen zur erfolgreichen Leistungserbringung der Organisation benötigen.

Multirationalität bedeutet für das Management, dass in einer Organisation auf Dauer mehrere Rationalitäten gleichzeitig auf eine Entscheidungssituation einwirken, die für die Organisation fruchtbar gemacht werden sollen (vgl. ebd.: 61).
Neben dem Verständnis von Rationalität und Organisation ist noch ein dritter Baustein für das Konzept entscheidend, nämlich das Verständnis von Management, das bei Schedler und Rüegg-Stürm in engem Zusammenhang mit dem Entscheidungsbegriff steht. Management hat vorrangig dafür zu sorgen, dass Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden, wobei Entscheidungen nicht personenbezogen verstanden werden, sondern als ›gemeinschaftliche Errungenschaft‹ in der Organisation. Entscheidungen müssen möglichst erfolgversprechend bzw. erfolgreich sein und sich als rational ausweisen. Darin liegt die Brücke zum Rationalitätskonzept: Entscheidungen müssen sich als »nachvollziehbar, sinnhaft und legitim erweisen, orientiert an gewachsenen Entscheidungsprämissen wie Regeln, Entscheidungskriterien, Erfolgs- und Wertvorstellungen«; diese »Entscheidungsprämissen verbürgen über Raum und Zeit hinweg eine minimale Kohärenz organisationalen Geschehens« (ebd.: 21). Durch die implizite Bezugnahme auf »gewachsene und in einem bestimmten Kontext als fraglos gültig erachtete Entscheidungsprämissen« (ebd.) bestimmt sich, inwiefern Entscheidungen von Beteiligten und Betroffenen als rational eingestuft werden können.
Dieses Managementverständnis unterscheidet sich von landläufigen auf die Person des Managers bezogenen Konzepten und fokussiert Prozesse in der Organisation: »Management konstituiert sich über Interventionen, die sich vor allem auf die Strukturierung von Kommunikation, auf die Gestaltung und Vernetzung von Kommunikations- und Entscheidungsplattformen, d. h. auf den Aufbau einer tragfähigen Beziehungs-, Kommunikations- und Entscheidungsarchitektur beziehen« (ebd.).

3. Pluralismus auf gesamtwirtschaftlicher Ebene: Soziale Marktwirtschaft

Bereits im Kontext von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen sind pluralistisch geprägte Sinnstrukturen und Ansprüche erkennbar. Dieser Pluralismus wirtschaftlicher Sinnsysteme und Deutungsmöglichkeiten ist in makroökonomischer Betrachtung wesentlich deutlicher ausgeprägt. Die Wahrnehmung einer solchen pluralistischen Form der unternehmens-, wirtschafts- und unternehmenspolitischen Sinnsysteme erfordert ein erweitertes Ökonomieverständnis. Dabei wird unterschieden, inwiefern die Autonomie marktwirtschaftlicher Prozesse hervorgehoben wird (wirtschaftlicher Liberalismus) oder die Vielfalt gesellschaftspolitischer Perspektiven betont wird, die als politischer Liberalismus bezeichnet wird.

https://doi.org/10.5771/9783748909460-137 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - CC BY

Die folgende Übersicht stellt wesentliche ordnungspolitische Elemente eines wirtschaftlichen und eines politischen (pluralistischen) Liberalismus gegenüber:

Ordnungspolitische Kategorien	Wirtschaftsgesellschaft	Pluralistische Gesellschaft
Indikatoren für Handlungsbedarf	Renaissance freiheitlicher marktwirtschaftlicher Werte (Zusammenbruch der Planwirtschaft, Realisierung des weltgrößten Binnenmarktes in EU), Globalisierung; Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung Die Corona-Krise als Aufforderung zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit, massive konjunkturorientierte Fiskalpolitik	Ökonomisierung der Lebenswelt, Zunahme externer Effekte, Wertewandel, Individualisierung der Gesellschaft, Leistungsgesellschaft, Verlust von sozialen und volkskirchlichen Traditionen, Die Corona-Krise als Aufforderung zur Neuorientierung, Neujustierung von Liberalisierung, Freihandel und Ordnungspolitik
Rahmenordnung	Konstant; hat funktionierendes Preissystem, Geldwertstabilität und wirksamen Wettbewerb zu sichern, Kontextveränderungen werden ignoriert	Sozialer Wandel schafft neue Rahmenbedingungen; Ordnungspolitik reagiert mit neuen ordnungspolitischen Kommunikationsformen und pluralistischer Sozialpartnerschaft
Staat, Gemeinwesen	Staat beschränkt sich auf die Gestaltung der Rahmenordnung, punktuelle Eingriffe sollen unterbleiben	Staat schafft Voraussetzungen für Markt und Wettbewerb, Suche nach neuen Formen der Marktlenkung und ordnungspolitischer Verständigung darüber

Abbildung 1: Wirtschaftlicher und politischer Liberalismus (Quelle: eigene Darstellung)

In den drei Elementen der rechten Spalte der Übersicht sind Bausteine eines pluralistischen Wirtschaftsverständnisses angedeutet. Diese ließen sich erweitern auf die Neubestimmung von öffentlichen und privaten Gütern (z. B. Gesundheit), die Qualifizierung von Freiheit, des zugrunde liegenden Menschenbildes, die Qualifizierung von Arbeit, die Gemeinwohlkonzeption, den Kostenbegriff (vgl. ausführlicher Büscher 2008: 111–122).

Eine pluralistische Ordnungspolitik würde ordnungspolitische Grundgedanken der Gründungsphase der Sozialen Marktwirtschaft aufgreifen. Eine Neujustierung der ›Interdependenz der Ordnungen‹ nach Walter Eucken zu Beginn des 21. Jahrhunderts entspräche einer zeitgemäßen ordoliberalen Verbindung von Staats-, Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Lebensordnung, die den Gründervätern der Sozialen Marktwirtschaft ein zentrales Anliegen war (vgl. Büscher 2008: 40–43).

https://doi.org/10.5771/9783748909460-137 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

4. Sozialpartnerschaft der multirationalen Kommunikation

Es geht heute einer realpolitischen Ordnungspolitik nicht darum, die Systemfrage zu stellen oder die Marktwirtschaft als solche abzuschaffen. Vielmehr geht es darum, Regelungen dafür zu finden, wie die Gestaltung der weltweiten Marktwirtschaft neu ausgerichtet werden kann. Methodisch vorbildlich für die Integration von Rahmenbedingungen in marktwirtschaftliche Ordnungsformen war die ordoliberale Schule.

Der Rahmen von Wirtschaft und Gesellschaft wird in der wirtschaftsliberalen Theorie gern vergessen bzw. wird als ›Datenkranz‹ der Marktwirtschaft als unveränderlich unterstellt. Neue ›Rahmenbedingungen‹ werden außer im Bereich der Umweltproblematik – und dort überwiegend in ökonomistischer Interpretation – kaum wahrgenommen. Das ordnungspolitische Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist in seinem ursprünglichen, pluralistischen ordnungspolitischen Sinn nicht weiterentwickelt worden. »Es liegt mir daran zu zeigen, dass die Soziale Marktwirtschaft von Anfang an nicht nur ein erfolgreiches Schlagwort war, sondern dass sie eine ausgearbeitete und durchdachte Theorie der gesellschaftlichen Gesamtordnung ist. (...) Ich hätte mir gewünscht, dass die geistige Durcharbeitung dieses Gedankens auch in einem weiteren Kreise gründlicher erfolgt wäre. Nur allzu häufig begnügte man sich mit dem Hinweis auf das politische Gewicht dieser Konzeption, ohne bereit zu sein, an ihrer gedanklichen Fassung weiterzuarbeiten. (...) Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Stilform des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens«, so äußerte sich Alfred Müller-Armack (1966: 11) zum Stand der Diskussion.

Für eine ›Kontextuelle Ordnungspolitik‹[2], die den ökonomischen Autonomieanspruch infrage stellen will, sind die jeweiligen regionalen soziokulturellen, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Rahmenbedingungen sowie die Elemente (Subsysteme) der Wirtschaftsordnungen wie die institutionellen Voraussetzungen des Rechts, der Infrastruktur, Arbeit und Ausbildung, der sozialen Sicherheit usw. zu berücksichtigen (vgl. Büscher 2008: 35–43).

Versucht man nun, auch einen Wandel auf institutioneller Ebene der Ordnungspolitik zu beschreiben, ergeben sich mehrere Ansatzpunkte der Mitgestaltung einer Marktwirtschaft und damit verbunden mehrere Ansatzpunkte für Reformüberlegungen innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems. Obwohl in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt oder neoliberal uminterpretiert, ist die oberste, politische Ebene diejenige, auf der die weichenstellenden Bedingungen des Wirtschaftens festgelegt werden. Es geht um Instrumente der Gestaltung der Wirtschaft, die auf der analytischen Grundlage einer pluralistischen Ökonomik basie-

2 Der Begriff ›Kontextuelle Ordnungspolitik‹ ist eine Verfeinerung von ›Pluralistische Ordnungspolitik‹, indem er die Summe der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, kulturellen oder normativen Kontexte der Ökonomik aufgreift. Er ist zudem angelehnt an die geisteswissenschaftlich geprägten Formen einer ›Kontextuellen Theologie‹.

https://doi.org/10.5771/9783748909460-137 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - CC BY

ren. Die Makroebene bezieht sich also auf die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft als strukturethische Fragestellung und auf Ordnungspolitik als Gesellschaftspolitik.

Die Mesoebene berührt Unternehmen und deren ordnungspolitische Mitverantwortung sowie andere Interessenorganisationen auf der Mesoebene (Ökologie- und Umweltschutzverbände, Konsument*innen und deren Interessenorganisationen wie z. B. der Bundesverband der Verbraucherzentralen, Arbeitnehmerorganisationen, Regionalverbände etc.). Die Mikroebene berührt das Verhalten von Personen als Konsument*innen, Mitarbeitende, Führungskräfte, Bürger*innen oder Wähler*innen. Von allen drei Ebenen (Mikro – Konsument*innen, Meso – Unternehmen, Makro – Ordnungspolitik) wird der Wirtschaftsstil einer Marktwirtschaft mitgestaltet. Wirtschafts- und unternehmenspolitisch weichenstellend ist die Ordnungspolitik, durch die die Regeln für die Gestaltung und Lenkung einer Marktwirtschaft bestimmt werden.

Wie wollen wir jetzt und in Zukunft zusammenleben? Was könnte nach Corona sein? Rückkehr zu wirtschaftlichen Routinen, ja. Digitale Begegnungsformen, ja. Individuelle Entschleunigung, ja. Aber welche Gesellschaftsphilosophie ist die der Zukunft? Es ist die Zeit der sektorenübergreifenden Kooperation, ›Weltdenker*innen‹, die alles zusammendenken und zusammenfühlen können. Mit dem Primat der Gesundheit beginnt es. Fragen nach dem großen Ganzen erweitern das Denken in Teilwelten: über den Primat der Wirtschaft, der Politik, der Umwelt hinaus. Dort entfaltet sich die Suche nach den Werten von Freiheit, Gemeinschaft, Selbstregulierung und politischer Gestaltung, individueller Verantwortung und staatlicher Autorität. Wege gelingender Kommunikation zwischen Teilwelten sind zu stärken. Für die Beantwortung der Fragen, wie wir gesund, nachhaltig, erfüllt leben wollen, braucht es Fachwissen der einzelnen Disziplinen. Diese aber müssen je eingebettet sein in ein Bild von der Zukunft gesellschaftlichen Zusammenlebens, mit Philosoph*innen und Theolog*innen als Impulsgeber*innen, Kriterienlieferant*innen oder kritischem Gegenüber.

Das geht nur über die zuweilen anachronistischen Pfade der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hinaus. Wie wäre es, wenn wir Foren oder Räte bildeten, um Fragen nach lebensdienlicher Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu beraten – Automobilunternehmen reden mit dem WWF, Gewerkschaften mit Fridays for Future, das Sozialministerium mit dem Bundesverband der Verbraucherzentralen, die Industrie- und Handelskammer (IHK) mit Pro Asyl, die Handwerkskammer mit einer Frauenorganisation. Sie reden bilateral oder zu dritt.[3] Auf kommunaler Ebene kommunizieren Stadt, Kunst und Kultur, Kirchenkreis und Wirtschaftsförderer, auf Landesebene Parteien, Universitäten, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Auf Bundesebene erweitern wir den

3 Natürlich müssen solche Diskursgemeinschaften in Bezug auf Diskursmacht der einzelnen Diskurspartner*innen differenziert und Mechanismen gefunden werden, wie man Machtgefällen begegnet.

https://doi.org/10.5771/9783748909460-137 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) mit Expert*innen, die wie üblich den Wirtschaftswissenschaften, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, aber auch Umweltverbänden, Frauenorganisationen und Konsumentenorganisationen nahestehen.

Bedrohliche gesundheitliche Krise, ja. Zugleich wegen alledem und trotz alledem ein Ja zum Neujustieren der Rolle der Wirtschaft für die Gesellschaft.

Literaturverzeichnis

Berger, P. L./Luckmann, T. (1995): Modernity, Pluralism and the Crisis of Meaning, Gütersloh: Bertelsmann.

Büscher, M. (2008): Marktwirtschaft als politische Gestaltungsaufgabe. Ethische Dimensionen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ökonomie, Marburg: Metropolis.

Büschmann, K.-H. (2020): Neue Manager braucht das Land. Die Corona-Krise deckt Schwächen des Wirtschaftssystems auf, in: Süddeutsche Zeitung, 02./03. Mai 2020, S. 20.

Hüther, M. (2020): Vorsicht vor dem Staat. Was bei einem Einstieg der öffentlichen Hand zur Rettung von Unternehmen zu beachten ist, in: Süddeutsche Zeitung, 02./03. Mai 2020, S. 20.

Müller-Armack, A. (1966): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik – Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration, Freiburg: Rombach.

Schedler, K./Rüegg-Stürm, J. (2013): Multirationales Management. Der erfolgreiche Umgang mit widersprüchlichen Anforderungen an die Organisation, Bern: Haupt.

Stiglitz, J. (2001): Die Schatten der Globalisierung, Berlin: Sielder.

https://doi.org/10.5771/9783748909460-137 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY